

Anwohner sehen Neubau kritisch

ST.-BERNHARD-HOSPITAL Sorgen um Verlust des alten Baumbestands und Folgen für den Umweltschutz

VON ULRICH SCHLÜTER

BRAKE – Sie befürworten den Neubau des St.-Bernhard-Hospitals in Brake. Doch die Anwohner Oliver Hermann und Karsten Langbehn haben Vorbehalte gegen das Projekt, wie sie im Gespräch mit unserer Redaktion betonten. Sie seien enttäuscht, dass ihre Einwände bislang nicht berücksichtigt worden seien, zeigten sich aber gesprächsbereit, um Lösungen zu finden. Denn ein Knackpunkt des Bauvorhabens ist für sie das geplante Parkhaus. Das sei sinnvoll, der Naturschutz aber auch, so Oliver Hermann und Karsten Langbehn. Man wolle eine Verhältnismäßigkeit.

100 Jahre alte Bäume

Anwohner sehen die Pläne kritisch. In den Drucksachen und Begründungen zum Flächennutzungs- und Bebauungsplan werde zwar der Umwelt- und Naturschutz großgeschrieben, aber in der Konsequenz solle der vorhandene etwa 100 Jahre alte Baumbestand dem Parkhaus weichen. „Wir können diese Entscheidung des Ausschusses nicht nachvollziehen und hoffen, dass hier ein Kompromiss gefunden wird. In Zeiten des Klimawandels ist der Gesetzgeber verpflichtet, eine Anpassung vorzunehmen. Das bedeutet für diese Projekte, dass Gräben erhalten werden müssen und die Reduzierung der Versiegelung gefördert werden muss.“ Dadurch würden Starkregenereignisse und Hitzewellen abgemildert. Dazu gehöre auch der Erhalt von Bäumen, die nach ihren Wor-



So soll das neue St.-Bernhard-Hospital aussehen: Ein Blick aus dem Parkhaus auf Neubau und Garten.

BILD: CHRISTIAN QUAPP

ten eine wichtige Funktion haben. Zum einen werde Kohlendioxid gespeichert, zum anderen werde die Artenvielfalt erhalten, merkten die beiden zur jüngsten Sitzung des Bauausschusses an, in dem der Bebauungsplan beschlossen worden ist.

Umweltschutz beachten

Grundlage für die Forderung ist Paragraph 1 Baugesetzbuch, Absätze 1 bis 7. Dort heißt es unter anderem: „Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und

die biologische Vielfalt.“ Bei der Aufstellung der Bauleitpläne seien die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. „Diese gesetzlichen Grundlagen sehen wir in den Planungen zum F-Plan und B-Plan nicht so berücksichtigt, wie es heute in unserer Verantwortung für zukünftige Generationen erforderlich ist“, so die beiden Anlieger. Die Einwendungen habe man frühzeitig vorgebracht, wie es der Gesetzgeber vorsehe. Leider sei so gut wie nichts davon in den Planungen berücksichtigt worden. „Das gibt schon zu denken, warum die begründeten Einwendungen nicht ernst genommen werden. Hier sind Rat und Verwaltung gefordert, Kompromisse für dieses Projekt zu finden.“ Artenschutz und Umweltschutz kämen

nicht vor.

Alle Anwohner betroffen

Das Gelände des ehemaligen Gymnasiums mit Turnhalle und Sportplatz soll nun mit dem Krankenhaus und dem dazugehörigen Parkhaus dicht bebaut werden. Betroffen von diesen Planungen sind alle Anwohner der Haasenstraße, der Langen Straße, der Grünen Straße und der Kirchenstraße. Der F-Plan und der B-Plan müssen sich in die vorhandene Bebauung einfügen, so steht es im Baugesetzbuch. Das bedeutet, dass innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile eine Bebauung zulässig ist, wenn sie sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren

Umgebung einfügt.

Große Lärmbelastigung

Anhand der Pläne wird laut Oliver Hermann und Karsten Langbehn deutlich, dass nicht alle Betroffenen berücksichtigt werden. Die Fläche des zukünftigen Krankenhauses soll als „Sondergebiet“ und die übrige Bebauung als „Urbanes Gebiet“ ausgewiesen werden. Nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA-Lärm) ergeben sich dadurch unterschiedliche und erhöhte Lärmbelastungen für die Anwohner. „Wir sehen das sehr kritisch und fordern, das allgemeine Wohngebiet beizubehalten, damit sich die Lärmbelastung nicht ändert. Für Krankenhäuser gibt es nach TA-Lärm ohnehin einen sehr niedrigen Wert in dieser Skala“, so die beiden Anwohner.